

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

Nur durch ausgewogene und wohldurchdachte Positionen kann Politik erfolgreich sein! Wie aber positionieren sich die Parteien im Vorfeld der Bundestagswahl 2021? Nicht nur für die Menschen, die in unserer Branche arbeiten, sondern für alle Wahlberechtigten sind die Positionen der Parteien Grundlage ihrer Bewertung und ihrer Wahlentscheidung. Deshalb hat der Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO) Wahlprüfsteine mit Relevanz für die Branche aufgestellt und an die Bundesparteien versendet. Die Wahlprüfsteine dienen als Messlatte für die Antworten der Parteien und für deren Programme in der kommenden Legislaturperiode.

1. Akzeptanz der Rohstoffgewinnung fördern

Unseren erreichten Lebensstandard zu bewahren ist ohne den Einsatz mineralischer Rohstoffe nicht möglich. Für den Bau und den Erhalt von Gebäuden und Verkehrswegen, von Tunneln, Kanalisationen, Brücken und Flughäfen liefert die Gesteinsindustrie unverzichtbare Baurohstoffe. Auch die Industriezweige Glas, Pharma, Papier und Metall kommen ohne mineralische Rohstoffe nicht aus. Selbst die Energiewende wäre ohne heimische mineralische Rohstoffe nicht umsetzbar, denn sie stecken in Photovoltaikanlagen genauso, wie in den Zuwegungen, Fundamenten, den Betontürmen und den Flügeln der Windkraftanlagen. Gleichermaßen werden sie für die Verlegung der Erdkabel benötigt. Generell alle Menschen nutzen somit täglich heimische mineralische Rohstoffe. Das Bewusstsein hierfür ist allerdings kaum noch präsent, weshalb Sand- und Kiesgruben oder Steinbrüche vielerorts nicht akzeptiert werden.

MIRO: Die mineralischen Rohstoffe Naturstein, Sand, Kies und Quarzsand stehen am Anfang vieler Wertschöpfungsketten. Deutschland kann sich mit diesen Rohstoffen selbst versorgen und ist damit unabhängig von Importen – was besonders auch in und nach Krisenzeiten die wirtschaftliche Resilienz fördert. Kenntnisse über diese Zusammenhänge müssen wieder durch die Schulen vermittelt werden. **Deshalb sollte der Bund dafür sorgen, dass das Thema „heimische Rohstoffe“ und „Rohstoffgewinnung“ Teil der schulischen Bildungspläne wird. Darüber hinaus sollte der Bund durch weitere in der Öffentlichkeit wirksame Maßnahmen die Akzeptanz der Rohstoffgewinnung verbessern.**

2. Zugang zu den Rohstoffen sichern

Für die rund 3.000 überwiegend kleinen und mittelgroßen Unternehmen der Branche gestalten sich die Genehmigungsverfahren für die Rohstoffgewinnung zunehmend langwierig und schwierig. Vielfach werden Genehmigungen für geeignete Anschluss- oder Neulflächen durch lokale Widerstände sogar verhindert. So hat die Anzahl der Gewinnungsstätten in Deutschland in den vergangenen fünf Jahren bereits um 10 % abgenommen. In Kombination mit der anhaltend hohen Nachfrage für den Verkehrswege- und den Wohnungsbau zeigen sich bereits regionale Rohstoffengpässe.

MIRO: Die Delegation der Genehmigungsprozesse für die Rohstoffgewinnung vom Bund an die Länder und von diesen wiederum in die regionale bzw. kommunale Verantwortung entspricht zwar dem Subsidiaritätsprinzip, kann aber Verhinderungseffekte (NIMBY, Not in my Back Yard) bewirken. **Deshalb müssen auf Bundesebene die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass durch die Bundesraumordnung im Zusammenspiel mit der Landesentwicklungs- und der**

Regionalplanung eine langfristige, regionale Versorgungssicherheit verbindlich gewährleistet wird, von der nicht zuletzt auch die öffentliche Hand, die mit etwa 70 Prozent Auftragsvolumen den Spitzenplatz in der Nachfrage nach Gesteinskörnungen einnimmt, profitiert.

3. Dezentrale Versorgungsstruktur mit kurzen Transportwegen erhalten

Kurze Transportwege sind gut für die Klimabilanz. Dies gilt auch und gerade für die schweren Massengüter Sand, Kies und Naturstein. Um den Transportaufwand zu minimieren und Rohstoffe aus einer Region für diese Region zur Verfügung zu stellen, hat sich der Aufschluss meist kleinräumiger Gewinnungsstätten für Sand, Kies und Naturstein dezentral in allen Regionen Deutschlands bewährt. Baustellen sowie industrielle, öffentliche und private Nachfrager können über kurze Wege versorgt werden. Die nächste Gewinnungsstätte ist meist nicht weiter als 30 km entfernt.

MIRO: Das Ausbleiben neuer Anschlussgenehmigungen für die Gewinnung mineralischer Rohstoffe führt zu einer Verringerung der Anzahl aktiver Gewinnungsstätten. Weitere Entfernungen zwischen Produktion und Abnehmer sind die Folge. Um eine regionale Produktion mit dezentraler Struktur zu erhalten braucht es politische Unterstützung. **Die Gewinnung von Gesteinsrohstoffen muss als notwendige Daseinsvorsorge allgemein anerkannt werden. Genehmigungen sollten bei Erfüllung aller gesetzlichen Vorgaben erteilt werden müssen und nicht aus subjektiven Gründen versagt werden können.**

4. Energie nachhaltig und bezahlbar machen durch Innovationsförderung

Die mittelständisch geprägte Gesteinsindustrie setzt, wo dies im Produktionsprozess möglich ist, zunehmend auf erneuerbare Energien. Zum Teil werden auf dem eigenen Gelände erneuerbare Energien erzeugt. Jedoch sind mobile innerbetriebliche Transportgeräte mit alternativen Antrieben in diesem Schwerlastbereich noch eine Seltenheit.

MIRO: Die CO₂-Bepreisung durch das Brennstoffemissionshandelsgesetz belastet die Unternehmen, ohne dass wettbewerbsfähige alternative Antriebe für diese Art des Schwerlastverkehrs und entsprechende Transportfahrzeuge erhältlich sind. **Der Bund sollte die Forschung und Entwicklung innovativer Anlagen- und Transportsysteme insbesondere im Schwerlasttransport fördern und mit Kaufprämien unterstützen.**

5. Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Baurohstoffen vermeiden

Bislang tragen verschiedene Baustoffe entsprechend ihrer Eignung ihren jeweils passenden Teil zur Umsetzung der jeweiligen Hoch- oder Tiefbauprojekte bei. Insbesondere Wohn- und Nichtwohnbauten werden seit jeher in Hybridbauweise gebaut. Mineralische Primär- und Sekundärrohstoffe sowie nachwachsende Rohstoffe werden entsprechend ihrer Eigenschaften von den Planern vorgeschlagen und von den Bauausführenden eingesetzt.

MIRO: Bei der Auswahl der Baumaterialien sollten Fragen der Verfügbarkeit, der Transportentfernungen, der Recyclingfähigkeit, des Wärme-, Lärm-, Brand- und Gesundheitsschutzes, der Kosten für den sozialen Wohnungsbau sowie der CO₂-Bilanz der Schlüssel zur Entscheidung sein. **Ordnungsrechtliche Vorgaben müssen daher technologieoffen gestaltet werden.**

6. Ressourceneffizienz anerkennen

In Deutschland sind Ressourceneffizienz, Nachhaltigkeits- und Rohstoffstrategie im nationalen Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess) verankert. Messbare Erfolge bei Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft sind unabhängig davon vielfach praktisch belegt. So beträgt die Wiederverwertungsquote mineralischer Bauabfälle durchschnittlich über alle Fraktionen 89,7 Prozent¹. Dabei produzieren die Unternehmen der Gesteinsindustrie nicht nur die natürlichen Rohstoffe, sie be- und verarbeiten auch mineralische Bauabfälle, um sie wiederverwendungsfähig als Recyclingbaustoffe im Wirtschaftskreislauf zu halten.

MIRO: Die Politik muss wieder zu einem Miteinander mit der Wirtschaft finden und die ineinander greifenden Facetten der Lebenswirklichkeit anerkennen. Unsere Unternehmen stehen als Gastgeber für Politiker, Regierung oder Verwaltungsbeamte zur Verfügung um zu zeigen, wie gelebte Ressourceneffizienz aussieht. **Überzogene ordnungsrechtliche Vorschriften lehnen wir ebenso vehement ab, wie die Festlegung absoluter Einsparziele.**

7. Rechtssicherheit für betriebsintegrierten Natur- und Artenschutz herstellen

Die Gewinnungsstätten der Gesteinsindustrie sind Hotspots der Biodiversität. Sie bieten eine hohe Standortvielfalt, nährstoffarme Böden und eine sehr hohe Dynamik. Diese Faktoren sind in unserer Kulturlandschaft nur sehr selten als Trio anzutreffen. Dadurch entstehen naturschutzfachlich wertvolle Biotopstrukturen für zahlreiche gefährdete Tier- und Pflanzenarten. Aufgrund des geltenden Artenschutzes kann jedoch die Situation entstehen, dass sich Betriebe veranlasst sehen, durch eine rechtlich nicht zu beanstandende Vermeidungspflege die Entstehung naturschutzfachlich wertvoller Biotopstrukturen erst gar nicht zuzulassen.

MIRO: Diese absurde und kontraproduktive Sachlage muss im Sinne der Förderung biologischer Vielfalt gestoppt werden. Die Betriebe brauchen eine ebenso praktikable wie rechtssichere Lösung. Die im aktuellen Entwurf zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vorgesehene Ermächtigungsgrundlage für den nutzungsintegrierten Natur- und Artenschutz in Gewinnungsstätten begrüßen wir. Über eine untergesetzliche Verordnung sollen naturschutzfachliche Anforderungen an die zugelassene Gewinnung festgelegt werden, um in gleicher Weise Rechtssicherheit und Klarheit für die Unternehmen sowie die Genehmigungsbehörden herzustellen. **Wir fordern daher eine rasche Umsetzung sowohl des Entwurfs als auch der Rechtsverordnung.** (Novelle des BNatSchG im Rahmen des Insektenschutzgesetzes noch ausstehend. Stand März 2021)

8. Planungssicherheit durch die Mantelverordnung schaffen

Nach rund 15 Jahren intensiver Diskussion hat am 6. November 2020 das Plenum des Bundesrates der Mantelverordnung mit Maßgaben zugestimmt. Erstmals sollen bundeseinheitliche Regelungen für die Verwertung mineralischer Bauabfälle und Boden geschaffen werden.

MIRO: Mit den vom Bundesrat beschlossenen Maßgaben wurden weitere Vorgaben mit Auswirkungen auf den Umwelt- und Medienschutz auf der einen Seite und der Kreislaufwirtschaft auf der anderen Seite etabliert. Zu begrüßen ist, dass auch die im Koalitionsvertrag vom 12.03.2018 enthaltene Länderöffnungsklausel nach langwierigen Diskussionen im Kabinett in die Bundesbodenschutzverordnung aufgenommen und die

¹ Quelle: Bericht der Initiative Kreislaufwirtschaft Bau 2021

Mantelverordnung in dieser Gestalt bei der EU Kommission notifiziert wurde. (Die Befassung des Bundestages und anschließend des Bundesrates stehen nach Ablauf der Notifizierungsfrist an. Stand Februar 2021). **Die Mantelverordnung muss nun zügig beschlossen werden.**

9. Europarecht ohne überhöhte Auflagen für Industrieanlagen umsetzen

Deutschland ist auf dem industriellen Sektor führend im Umwelt- und Arbeitsschutz sowie bei den Sozialstandards. Das betrifft sowohl die genehmigungsrechtliche Situation als auch die behördliche Überwachung der laufenden Betriebe. Deshalb sollten Neuregelungen nicht über die ohnehin anspruchsvollen Vorgaben der EU hinausgehen.

MIRO: Überzogene Regelungen, welche über eine 1:1-Umsetzung der europäischen Vorgaben hinausgehen und die ein Nach- und Umrüsten selbst hochmoderner Betriebsanlagen zur Folge hätten, sind von der Agenda zu streichen. Sie stellen die Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Unternehmen in Frage. Ferner sollte der Bund auf eine bessere Umsetzung in den Mitgliedsstaaten und eine solide Folgenabschätzung bei der EU hinwirken.

10. Berichts- und Dokumentationspflichten wirksam und schnell abbauen

Die zumeist mittelständischen Betriebe der Gesteinsindustrie agieren vorzugsweise im ländlichen Raum und tragen durch ihren hohen Automatisierungsgrad erheblich zur bedarfsgerechten Rohstoffversorgung bei. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl liegt in der Regel zwischen sieben und elf Mitarbeitern. Massiv gewachsene Berichts-, Melde-, Aufzeichnungs- und Veröffentlichungspflichten belasten diese Kleinstunternehmen unerträglich. Beispielhaft sei hier ein KMU mit neun Beschäftigten genannt, das neben steuerrechtlichen Berichtspflichten weitere 24 verpflichtende Beauftragungen an die Mitarbeiterschaft verteilen muss. Dies sind rechnerisch 2,66 Verantwortlichkeiten je beschäftigter Person. Dies bindet monetäre Ressourcen und kostet Arbeitszeit.

MIRO: Der seit Jahren versprochene und erneut im letzten Koalitionsvertrag angekündigte Bürokratieabbau muss endlich umgesetzt werden und eine tatsächlich spürbare Wirkung in der Realität entfalten.

11. Unternehmenssteuerrecht reformieren

Das derzeitige Unternehmenssteuerrecht ist äußerst komplex. Zudem führen viele Sondervorschriften und zum Teil sehr kurzfristige Rechtsänderungen zu Unsicherheit und zu Zusatzkosten bei der Umsetzung in den Betrieben.

MIRO: Ein einfacheres und transparentes Steuersystem mit wettbewerbsfähigen Steuersätzen ist notwendig. Deutschland sollte nicht länger Höchststeuerland sein.

12. Betriebsprüfungen beschleunigen

Unternehmen der mineralischen Rohstoffindustrie leiden oft an langwierigen Betriebsprüfungen und damit verbundener Planungsunsicherheit.

MIRO: Eine zeitnahe und beschleunigte Betriebsprüfung ist daher dringend erforderlich. Dazu muss die Betriebsprüfung gestrafft, auf Schwerpunkte begrenzt und spätestens drei Jahre nach Ende des Veranlagungsjahres abgeschlossen werden.